

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post- und Transportgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 52

Februar 1919.

Wildbad, Freitag, den 4. März 1919

Februar 1919

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Der vierte Landtag setzte gestern in zwei Sitzungen die Beratung des Kullerats bei den Kapiteln Landesuniversität und Technische Hochschule fort.

Auf der Londoner Konferenz hat Lloyd George die Antwort auf die deutschen Gegenentwürfe erteilt. Die Entente lehnt eine nähere Prüfung ab und droht, wenn die Deutschen die Grundlagen des Pariser Abkommens bis nächsten Montag nicht annehmen, mit sofortigen Zwangsmaßnahmen.

Einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Kritik an den deutschen Vorschlägen wird seitens der deutschen Delegation durch eine Wolffmeldung prompt entgegengetreten.

Die führende deutsche Presse vom Donnerstag morgen beurteilt die Aussichten der Londoner Konferenz im allgemeinen sehr pessimistisch, bekundet aber den festen Willen zur Ablehnung der Pariser Beschlüsse.

Im Reichstag wurden am Donnerstag in kurzer Sitzung kleinere Vorlagen erledigt.

In Hamburg-Altona ruht die Arbeit im Hafen wegen Streiks.

Der Stapellauf des Stimmesdampfers „Tirpitz“ konnte nur mit Erfolg, nachdem den Arbeitern mit Entlassung gedroht worden war.

Harding und Hughes.

Am 4. März verläßt Präsident Wilson das Weiße Haus, das nach seinem früheren Antritt der in nächster Nähe des Kongresspalastes gelegene Wohnsitz des Staatsoberhauptes in Washington genannt wird, um dem neuen Präsidenten Harding Platz zu machen. Mit Spannung sieht man dem Regierungswechsel entgegen, der nicht nur ein Wechsel von Personen ist, sondern auch der Partei. Die Demokratische Partei, die sich dank Wilsons Ungeschick derzeit in den Vereinigten Staaten in einem Zustand der Auflösung befindet, wird durch die republikanische Partei ersetzt. Mit Spannung sieht man in der ganzen Welt der neuen Regierung entgegen, und im Hinblick auf die gegenwärtige europäische Krise, die durch die Entschädigungsfrage in London eine so gefährliche Gestalt angenommen hat, muß dem Ereignis in Washington besonders in Deutschland die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, wenigstens nicht dringender genug dazu zu warnen ist, darauf gleichgültige Hoffnungen zu setzen. Von Interesse ist daher, was über Harding und Hughes, die beiden maßgebendsten Persönlichkeiten der neuen amerikanischen Regierung, dem „Hamb. Fremdenblatt“ von wohlunterrichteter Seite aus Washington im Folgenden geschrieben wird:

Die Frage ist, wie wird die Entwicklung nach dem 4. März unter der neuen republikanischen Verwaltung sein? In Deutschland sieht man dem Wechsel mit großen Erwartungen entgegen und erhofft von ihm die Lösung aller Schwierigkeiten. In der Fähigkeit, das zu glauben, was wir gern glauben wollen, waren wir ja von jeher groß.

Zweifellos wird dem Widerstand des unbewaffneten Kriegs durch die Knagische Friedensentschließung schnell ein Ende bereitet werden. Man erwartet in Senatskreisen, daß der neue Kongress in der Zeit zwischen dem 21. März und der ersten Aprilwoche zusammentreten wird und daß innerhalb von vier bis sechs Wochen danach der Friedensvertrag mit Deutschland wiederhergestellt ist. Aber die spätere und sehr viel wichtigere Richtung amerikanischer Politik gehen die Meinungen indes auseinander. Harding hat seine Stellung zur deutschen Frage der Öffentlichkeit noch nicht enthüllt. Er hat auch abgelehnt, seine künftige Politik zu besprechen. Nach dem Eindruck, den einzelne, Harding sehr nahestehende Persönlichkeiten aus Unterredungen mit ihm bezüglich seiner Rede oder richtiger seiner Stimmung gewonnen haben, soll Harding frei sein von jedem Gefühl des Hasses und der Voreingenommenheit gegenüber Deutschland. Sein Wunsch sei, auszugleichen, einen mittleren Weg der Verständigung zu finden, die Interessen Amerikas zu vertreten, aber die berechtigten Interessen Deutschlands nicht zu vergessen. Freunde haben ihm

eingehenden Bericht über ihre Beobachtungen in Deutschland und Mitteleuropa im allgemeinen erstattet, und aus allen diesen unparteiischen Berichten habe sich in Harding die Ueberzeugung gefestigt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands eine Vorbedingung für die Wiedergesundung der Welt, Amerika eingeschlossen, ist.

Harding ist für eine Festsetzung der Schadenserstattung in möglicher Höhe. Er ist in der Frage des österreichischen Anschlusses und Oberösterreichs zu weitgehenden Zugeständnissen geneigt. Er erkennt die Schwierigkeiten, denen ein derartiges Programm von Seiten Frankreichs begegnen wird, und er hat die Absicht, französische Empfindlichkeit so weit wie möglich zu schonen und lieber durch heimliche freundliche Ueberredung als durch offenen Druck eine Aenderung der französischen Ziele herbeizuführen, die auch er in ihrer gegenwärtigen Form für eine Weltgefahr hält. Seine persönlichen Neigungen gehen dahin, Europa sein Schicksal selbst bestimmen zu lassen, er verkennt aber nicht, daß ein gewisser maßgebender Einfluß Amerikas vonnöten ist, um den Nachgefühle Frankreichs zu zügeln.

Deutschland kann von ihm eine gerechte Berücksichtigung seiner Interessen innerhalb gewisser Grenzen erwarten. Aber nichts, das das nahe Verhältnis zu Frankreich gefährden würde. Die (vielleicht nur in der Vorstellung existierende) französisch-amerikanische Freundschaft wird noch auf wenigstens zwei Jahrzehnte der Angelpunkt der Politik der Vereinigten Staaten bleiben.

Die Wahl von Hughes zum Staatssekretär ist gesichert. Die Opposition einer kleinen Senatsgruppe beginnt abzuflauen, weil man die Aussichtslosigkeit eingesehen hat. Die Ansichten über Hughes gehen auseinander, soweit seine Deutscheindlichkeit und Unvoreingenommenheit in Frage kommen, nicht indes, soweit es sich um seine Freundschaft für Frankreich und die Unbegünstigung seiner Entschlüsse handelt. In etwas weniger ausgesprochenem Maß als Harding und mit stärkerer Betonung der französischen Interessen wird Hughes wahrscheinlich geneigt sein, Deutschland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

An einem darf indes festgehalten werden, eine französisch-amerikanische Freundschaft ist nicht zu erwarten. In den zwischen den Vereinigten Staaten und England während der nächsten Jahre zu erblühenden Fragen ist so viel Brennstoff vorhanden, daß Amerika ganz natürlich an die Seite Frankreichs getrieben wird, das gegenüber einer deutsch-englisch-russischen Verbindungsmöglichkeit mit den neugeschaffenen Staaten seine Vormacht und die Durchführung seiner Interessen in Europa wird. Die starke Durchdringung Deutschlands mit amerikanischem Kapital macht auf der andern Seite eine gewisse Rücksichtnahme nötig und somit eine mehr vermittelnde Stellung zwischen den Forderungen Frankreichs und den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands. In dieser Vermittlung sieht, wie Harding seine Aufgabe.

Die Gegenentwürfe abgelehnt.

Androhung sofortiger Zwangsmaßnahmen.

London, 3. März.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt über das von den Verbündeten unterzeichnete Abkommen mitteilen zu können:

1. Die deutschen Vorschläge werden für unannehmbar erklärt.

2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bilden, wobei wohlgeachtet die beiden Parteien sich über die Durchführbarkeit verständigen können.

3. Der deutschen Abordnung wird ferner eine Frist von 4 Tagen gestellt, um ihre Annahme des Pariser Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.

4. Sollte sich die deutsche Abordnung weigern, zu unterzeichnen, so würden die Verbündeten sofort zwei rheinische Kohlenhöfen besetzen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner „Böswilligkeit“ beharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen getroffen werden, wie z. B.:

1. Erhebung der Hälfte des Ertrags aus den Verkäufen Deutschlands im verbündeten Ausland.

2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheinufer vom jenseitigen Deutschland abtrennt und zwar unter Aufsicht der Wiederherstellungskommission.

Die Ansicht der Verbündeten.

London, 3. März.

Neuer ist ermächtigt, über die Ansicht der Verbündeten bezüglich der deutschen Gegenentwürfe folgendes zu veröffentlichen:

Der von den Verbündeten in Paris für die Bezahlung der Wiederherstellung durch Deutschland vorbereitete Plan erlaubt diesem zugestandenermaßen einen erheblichen Teil der Summe, die es auf Grund des Pariser Vertrags zu bezahlen hätte. Die deutsche Regierung gibt ihre Antwort auf den Pariser Plan und zwar unter vier Bedingungen:

1. Daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

2. Daß die Beschränkungen der Handelsbeziehungen beseitigt werden.

3. Daß die deutsche Regierung von allen weiteren Zahlungen oder Lieferungsverpflichtungen auf Grund des Pariser Vertrags befreit wird.

4. Daß die Verbündeten auf ihre Rechte nach dem Friedensvertrag auf den Verkauf des deutschen Privateigentums verzichten.

Dieser Vorschlag verdient weder eine Prüfung, noch eine Besprechung.

Um seinen wahren Charakter zu zeigen, braucht man nur auf folgende Punkte hinzuweisen:

1. Die deutsche Regierung nimmt an, daß sie ohne weiteres den Gegenwert der festgesetzten Jahresleistungen auf Grund der Prozentrechnung herausbringen kann. Der Pariser Plan gestattet die Anwendung nur für die Diskontierung der für die beiden ersten Jahre festgesetzten Zahlungen.

2. Die deutsche Regierung kennt nicht den Wert der in den Pariser Vorschlägen vorgesehenen verbündeten Jahreszahlungen, deren Höhe von dem Wert der deutschen Ausfuhr abhängt.

3. Die in dem Pariser Plan festgelegten Jahresleistungen gelten als Zuschlag zu jeglicher Summe, die auf Grund der Entschädigungsbestimmungen bezahlt werden soll.

4. Die deutsche Regierung nimmt den Wert der auf Grund der verschiedenen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag geleisteten Zahlungen auf 20 Milliarden an. Die Wiederherstellungskommission beziffert den Wert der Lieferungen auf weniger als die Hälfte dieser Summe. Es wird sich herausstellen, daß der Betrag, der der deutschen Regierung in Berücksichtigung dieser Lieferungen auf die Entschädigungsrechnung gutgeschrieben werden soll, sehr klein ist.

5. Die deutsche Regierung macht Gebrauch von der 8 %-Tabelle in der Absicht, den Betrag zu errechnen, den sie schuldig ist, gleichzeitig aber schlägt sie vor, daß die Zinsen auf ihre Schuld auf 5 % beschränkt bleiben sollen.

6. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß ihre Sicherheiten in dem Ausgabeland von der Steuer befreit werden und belastet so die Ausgabeländer mit einem Teil ihrer eigenen Verbindlichkeiten.

7. In der Annahme, daß der Betrag, den Deutschland während der ersten 5 Jahre bezahlt, 1 1/2 Milliarden beträgt und daß die Gesamtverpflichtungen in 30 Jahren bezahlt werden, wird der Betrag, den es zu zahlen haben wird, während der 25 Jahre, die auf diese Zeit folgen, und der zur Verzinsung und Tilgung der Gesamtschuld dienen soll, drei Milliarden jährlich betragen. Der gegenwärtige Wert der deutschen Zahlungen beläuft sich auf höchstens ungefähr 27 Milliarden. Es ist nur möglich, diese Summe mit dem Betrag der Zahlungen zu vergleichen, der nach dem Pariser Plan geleistet werden soll, um die ganze Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge auszusagen. Nach dem Pariser Plan beläuft sich der Gegenwert der festen Jahreszahlungen allein nach der 8 %-Tabelle auf 53 Milliarden Goldmark. Diese Tabelle ist indessen auf die Diskontierung der zukünftigen Jahreszahlungen während der

beiden ersten Jahre anwendbar. Nach der 5 %-Tabelle, die auf Diskont nach 1925 angewandt werden soll, ist der Gegenwartswert über 83 Milliarden Goldmark. Es ist selbstverständlich schwer, den Wert der veränderlichen Jahreszahlungen, wie sie der Pariser Plan vorsieht, zu schätzen, aber zum mindesten muß auf obengenannter Ziffer in Berücksichtigung dieser Zahlungen ein wesentlicher Aufschlag gemacht werden. Die Summe, von der die deutsche Regierung verlangt, daß die Verbündeten sie als Abwälzung ihrer Schuld annehmen, erreicht also nur einen kleinen Bruchteil der in Paris festgesetzten Summe. Die Folge würde sein, daß die auswärtige Schuld Deutschlands, die sich auf seine Verbindlichkeiten aus der Entschädigung beschränkt, nur einem geringen Prozentsatz der auswärtigen Schuld gleichkommt, die die Verbündeten für den Krieg aufzunehmen gezwungen waren.

Eine deutsche Richtigstellung.

Zu der Kritik der deutschen Vorschläge, die Reuter veröffentlicht hat, erfährt der Berichterstatter des B.T.D. aus den Kreisen der deutschen Abordnung in London:

Zu 1. Es ist durchaus gerechtfertigt, die Pariser Jahreszahlungen mit dem Satz von 8 % jährlich auf den Zeitwert zurückzubisontieren. Der Pariser Plan sieht ausdrücklich vor, daß alle Zahlungen auf die Kapitalkumme der Entschädigungen in den ersten zwei Jahren mit 8 % zurückdiskontiert werden können. Die deutschen Vorleistungen stellen Werte dar, die sich jetzt schon im Besitz der Verbündeten befinden das heißt, Zahlungen, die bereits erfolgt sind. Im Verlauf der nächsten 2 Jahre soll ferner eine internationale Anleihe von 8 Milliarden zur Ausgabe gelangen. Sodann haben die Verbündeten den Erlös des verkauften deutschen Eigentums als flüssige Mittel in der Hand. Schließlich ist es möglich, daß im Lauf der nächsten 2 Jahre noch weitere Kapitalkapitalzahlungen erfolgen. Alle die vorgenannten Werte sind daher unter dem Pariser Plan als Zeitwerte zu betrachten, auf die die Zurückdiskontierung von 8 % Anwendung findet. Was nach 2 Jahren von der Kapitalkumme noch übrig bleibt, ist daher völlig unbestimmt. Es war notwendig, die Jahreszahlungen des Pariser Plans mit 8 % zurückdiskontieren, um den Abzug der Leistungen, die innerhalb der nächsten 2 Jahre insgesamt bezahlt werden, überhaupt feststellen zu können. In Frage könnte höchstens kommen, ob der Restbetrag der Kapitalkapital, der nach 2 Jahren noch bestehen wird, etwa mit einem höheren Satz als 5 % zu verzinsen sein würde. Wir haben aber von vornherein gesagt, daß die Höhe der Pariser Jahresleistungen für uns unerschwinglich ist und haben aus diesem Grunde einen Nachlaß auf die Zinsen gefordert. Dieser Nachlaß ist, da er sich nur auf das Restkapital bezieht, und wir bereit sind, 5 % Zinsen zu zahlen, verhältnismäßig nicht bedeutend.

Zu 2. Die Behauptung, daß Deutschland die Abgabe von 12 % auf die Ausfuhr habe unter den Tisch fallen lassen, ist nicht zutreffend. In den deutschen Vorschlägen ist ausgeführt, daß die 12 %ige Abgabe aufgefaßt wird als ein Mittel, um den Verbündeten eine Beteiligung an der künftigen Besserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewähren, und daß dieser Gedanke grundsätzlich anerkannt wird. Das deutsche Angebot ist aber nur dadurch möglich, daß bereits eine künftige Besserung der deutschen Wirtschaft in Rechnung gestellt wird. Auf der Grundlage der jetzigen Zustände wäre das deutsche Angebot an sich zu verwerfen.

Zu 3. Die Behauptung, daß die Jahresforderungen des Pariser Plans ohne Berücksichtigung der bisherigen Entschädigungsleistungen Deutschlands zu zahlen seien, ist sachlich unberechtigt und auch in dem Wortlaut der Pariser Beschlüsse nicht begründet.

Zu 4. Deutschland schätzt allerdings den Wert seiner bisherigen Vorleistungen auf das Wiederherstellungskonto mit etwa 20 Milliarden Gold ein. Wenn die Wiederherstellungskommission in ihrer Schätzung nicht ganz auf die Hälfte dieses Betrags kommt, so ändert

dies nichts an unserer Berechtigung, die Anrechnung von 20 Milliarden zu fordern. Im übrigen haben wir uns ausdrücklich bereit erklärt, die genaue Festsetzung des Wertes der Vorleistungen einer gemischten Sachverständigenkommission zu übertragen.

Zu 5. Ist die Antwort bereits unter Nr. 1 gegeben.

Zu 6. Die deutsche Anregung, daß die internationale Anleihe in allen Ausgabelländern steuerfrei sein soll, ist innerlich wohl begründet. Die Gründe dafür hat der Reichsminister Dr. Simons gestern vor der Londoner Konferenz ausführlich dargelegt. Das finanzielle Opfer, das von den einzelnen Ausgabelländern verlangt würde, ließe sich ziemlich genau berechnen. Angenommen, die Anleihe wäre mit 4 % verzinst und die Gesamtsteuern, die darauf entfallen würden, betrügen 25 % der Zinsen, so würde die Einbuße an Steuern 1 % des Nennwertbetrags der Anleihe ausmachen. Dagegen aber steht das große finanzielle und wirtschaftliche Interesse, das jedes Ausgabeland an der Regelung der gesamten Weltwirtschaft hat. Insbesondere würden die Vereinigten Staaten von Amerika durch eine kräftige Beteiligung an dem Erfolg der steuerfreien Anleihe in den Stand gesetzt werden, ihre Waren wieder nach Europa abzusetzen und damit ihrer jetzigen inneren wirtschaftlichen Krise zu steuern. Im übrigen würde das Opfer nicht allein die Verbündeten, sondern vor allem auch die neutralen Staaten und Deutschland selbst treffen. Denn Deutschland ist bereit, einen erheblichen Teil der Anleihe im eigenen Land aufzulegen.

Nur auf diese Weise, nämlich durch das Versprechen der Steuerfreiheit für die Anleihezahner, würde es übrigens möglich sein, einen erheblichen Teil des ins Ausland geflüchteten Kapitals wieder zurückzurufen und damit einer Forderung der Verbündeten selbst zu entsprechen und der Entschädigung nutzbar zu machen.

Zu 7. Die Verbündeten berechnen, daß bei Annahme der deutschen Vorschläge die jährliche Belastung Deutschlands nach Ablauf der ersten 5 Jahre etwa 3 Milliarden betragen würde. Eine solche jährliche Last geht weit über das hinaus, was, nach dem Urteil aller Sachverständigen, überhaupt noch als tragbar anzusehen ist. Dann wird gesagt, daß der Zeitwert der gesamten Zahlungen gemäß den deutschen Vorschlägen etwa 27 Milliarden betragen würde und daß dies nur ein geringer Bruchteil der Pariser Forderungen sei. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß diese 27 Milliarden zusätzlich der 20 Milliarden Vorleistungen insgesamt 47 Milliarden Mark betragen, eine Zahl, die den geforderten 53 Milliarden Zeitwert ganz nahe kommt. Im übrigen könnte es den Verbündeten ja nur lieb sein, wenn durch geschickte Finanzierung der gesamten Entschädigungsschuld es Deutschland ermöglicht würde, mit einem verhältnismäßig niedrigen Gesamtbetrag auszukommen. Umso mehr wird das deutsche Wirtschaftsleben gefördert und umso eher wird Deutschland instande sein, die versprochenen Leistungen durchzuführen.

Die Erklärung der Verbündeten.

London, 3. März. (Havas.) Lloyd George gab in der heutigen Zusammenkunft um 12 Uhr mittags im St. Jamespalast die Erklärung der Verbündeten ab: Die deutschen Gegenanträge verdienen keine nähere Prüfung. Sie haben auch die Verträge der Rohstofflieferungen, der Entwaffnungsbestimmungen, der Zahlung von 20 Milliarden und der Bestrafung der Kriegsschuldigen nicht erfüllt. Wenn die Deutschen bis Montag mit etag nicht die Grundlagen des Pariser Abkommens annehmen, werden sofort folgende Zwangsmaßnahmen angewendet: Besetzung von Duisburg, Ruhrort, Düsseldorf, Erhebung von Abgaben auf den Verkaufspreis der deutschen Waren in den verbündeten Ländern, Zollgrenze am Rhein. Etwaige Abänderungen der Pariser Bestimmungen dürfen nur die Art der Zahlungen betreffen, etwa die Herabsetzung der Jahreszahlungen von 42 auf 30 Jahre.

Stimmen der Presse.

London, 3. März. Die Londoner Blätter schlagen größtenteils gegen Deutschland einen Ton an, der an

die Zeit des Kriegsausbruchs erinnert. Nur der „Star“ mahnt das Publikum zur Besonnenheit und Vernunft. Die Schrecken des Kriegs solle man nicht wieder ausleben lassen.

„Popolo Romano“ in Rom sagt, für die französische Gewalt- und Nachpolitik werde Italien keinen Mann und keinen Pfennig und kein Wort der Zustimmung haben. (Aber Graf Sforza unterschreibt alles.)

Der „New York Herald“ schreibt, die Sprecher des Verbands kennen die wirkliche Lage wohl, aber sie haben ihren Wählern unmögliche Aussichten und die glänzendsten Versprechungen gemacht und aus Furcht vor den politischen Folgen müssen sie nun an ihrer Politik festhalten, solange es geht.

Bestätigung des Pariser Diktats.

Das Verhalten der Verbündeten beweist, daß die ganze Londoner Konferenz von vornherein nichts anderes war als ein ungeheurer Bluff, zu deutsch ein Schwindel. Am 29. Januar war von der Pariser Konferenz den Entschädigungs-„Vorschlägen“ die geheime Ueberschrift gegeben worden: Deutscher Vogel, friß oder stirb! Deutschland sollte höchstens das Recht haben, über die Zahlungsweise andere Vorschläge zu machen, an die sich übrigens die Verbündeten nicht zu halten brauchten. Es ist somit jounentklar, daß die Pariser „Vorschläge“ — Herr Lloyd George hielt namentlich viel auf dieses täuschende Wort — nichts anderes waren als ein Diktat, wie wir in unserer „Wochenrundschau“ seinerzeit es schon genannt haben. Die Londoner Konferenz war eigentlich unnötig. Man könnte vielleicht einwenden, daß Lloyd George und die übrigen Herren der Hufeisenkorona im Lancasterhaus den Inhalt der Gegenanträge nicht sogleich begriffen und daß der Vorsitzende sich nur die Gegenüberstellung der beiden Zahlen: 226 Milliarden Goldmark von Paris und 50 bzw. 30 Goldmilliarden des Dr. Simons vor Augen und Ohren hielt und darum die erste Sitzung am Dienstag unter Außerachtlassung der einfachsten Höflichkeitformel jäh abbrach. Inzwischen wäre aber doch Zeit gewesen, die einander gegenüberstehenden Zahlen durch Sachverständigen prüfen und erklären zu lassen und es hätte möglich sein müssen, die Rechenaufgabe, zu der Dr. Simons obendrein in seinem Vortrag den Schlüssel gegeben hatte, zu lösen. Die Londoner Blätter geben noch immer falsche Zahlen an, sie sind also nicht so rechengewandt, wie die Berliner Sachverständigen. Eine genaue Prüfung hätte ergeben müssen, daß die deutsche Reichsregierung tatsächlich die Pariser Forderung angenommen hat, nur ist von dem eingeräumten Recht, an Vorzahlungen über die von der Pariser Pariser Konferenz festgesetzten Jahresleistungen oder „Annuitäten“ 8 Prozent Diskont (Abzug) in Anrechnung zu bringen, Gebrauch gemacht und die Kriegs-Entschädigung auf diese Weise zu einer festen Summe kapitalisiert. Allerdings verlangen die Gegenanträge mit vollem Recht, daß die bereits erfolgten Leistungen, die sehr niedriger auf 20 Milliarden veranschlagt sind, verednet werden und daß die Belastung der deutschen Ausfuhr mit 12 Prozent fallen gelassen werde. Das ist nicht mehr als billig, denn auch das ungeheure deutsche Angebot wäre unerfüllbar, wenn wir nicht der Hoffnung lebten, daß der deutsche Fleiß uns wieder langsam vorwärts und aufwärts brächte. Aber auch in bezug auf den deutschen Ausfuhrhandel haben die Gegenanträge den Verbündeten gewi e Rechte vorbehalten, die allerdings nur in nicht ohne weiteres verständlichen Worten des Dr. Simons angedeutet wurden.

Die durch Reuter verbreitete „Ansicht der Verbündeten“ ist nun wohl als amtliche Meinung zu bewerten und die deutschen Gegenanträge können damit als abgetan gelten. Eine genauere Nachrechnung wird nicht beliebt. Es bleibt also bei den „Sanktionen“ und so werden denn zunächst einige Rheinläufer befehligt, die Reichsgrenze vorläufig polizeilich bis zum Rhein zurückgedrängt und die deutsche Ausfuhr nach den Ländern England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan unterdrückt. Denn das bedeutet die Erhebung eines Zuschlagswertes von 50 Prozent auf die deutschen Waren. Weitere Strafmaßnahmen sind noch vorgesehen; man sprach von der militärischen Besetzung von Darmstadt, Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und sogar München.

Unter Sonnengluten.

Ein südllicher Roman zu Wasser und zu Lande.
Von Erich Friesen.

(17) (Nachdruck verboten.)

Nicht voll Andacht betritt er die geweihten Stätten — die schmerzreichen Via dolorosa mit ihren geheiligten Erinnerungen... den ehrwürdigen Garten Gethsemane... der erwachenden Wind an uralten, zerbrochenen Säulen... von Delberg, von dessen erhabener Höhe... der Himmelfahrtskirche einen Ausblick hat auf das ganze weite Häusermeer Jerusalems und in weiter, weiter Ferne auf den blauen Spiegel des Toten Meeres.

Finstere Dämonen kochen in seinem Herzen, die auch nicht den leisesten Schauer von Andacht aufkommen lassen.

Gleich einem Opferlamm schreitet Gerda an der Seite dieses Mannes dahin. Ihr ist, als müsse sie zusammenbrechen vor Weh, als der Südwind das Glockengeläute der Grabeskirche zu ihr herüberträgt.

Und als sie bald darauf eintreten in den grandiosen Bau, vorbei an gewaltigen Pfeilern, gigantischen Bögen, kolossalen Säulen, buntbemalten, leuchtende Kestlege werfenden Fenstern — als sie hindurchschlüpfen durch eine niedrige Pforte und in lichtdurchfluteter kleiner Kapelle vor dem heiligen Grabe selbst stehen — da ist es dem unglücklichen Mädchen plötzlich, als rufe ihr eine innere Stimme zu:

„Dies geweihte Stätte ist der richtige Ort, wo Du Deine Seele entlassen kannst von dem großen Irrtum Deines jungen Lebens. Werde frei!“

Und ein inbrünstiges Gebet steigt aus ihrem Herzen empor zu Gott dem Allmächtigen, daß er sie den rechten Weg finden lassen und sie behüten möge in dem schweren Kampf ihres jungen Lebens...

Als sie wieder heraustreten aus dem erweiterten Portal, hinein in blinkendes Tageslicht, da wagt sie es. Mit leiser, aber fester Stimme bittet sie ihn, ihr ihr Wort zurückzugeben, da sie nie die Seine werden könne. Einen Moment ist es, als wolle er sich auf das zarte Mädchen an seiner Seite stürzen und es züchtigen für seine Kühnheit.

Doch er beherrscht sich. Nur der grausame Zug um seine Lippen hat sich vertieft, als er höhnisch fragt: „Was brachte Dich plötzlich zu dieser merkwürdigen Erkenntnis, mein Täubchen?“

Nach wagt Gerda die Augen aufzuschlagen zu seinem spöttischen Gesicht. Sie fürchtet sich vor seinem boshaften Blick.

Und plötzlich zuckt etwas wie Argwohn durch seine misstrauische Seele.

Wie mit einem Schraubstock umklammert er mit beiden Händen ihre zarten Gelenke.

„Sieh mich an! Du liebst einen andern!“ knirscht er. Sein heißer Blick bohrt sich hinein in ihr zartes, bleiches Gesichtchen, in das langsam, ganz langsam leichte Rötche steigt, die sich dunkler und dunkler färbt, bis es wie Blut übergossen ist.

„Du liebst einen andern!“ wiederholt er drohend. „Antworte!“

Der Mut der Verzweiflung packt sie.

„Und wenn es so wäre!“ ruft sie in bebender Angst, indem sie vergebens versucht, ihre Hände aus seinen eisernen Griffen zu befreien. „Sie haben kein Recht, mich danach zu fragen!“

Schneidend lacht er auf.

„Ich? — Kein Recht? — Ich? — Dein Bräutigam?“

„Ich betrachte Sie nicht mehr als meinen Bräutigam!“

Mit einem Ruck läßt er ihre Hände fallen. Seine Hände ballen sich.

„Oh, mein Täubchen!“ knirscht er. „Zu einem sol-

chen Paß gehören zwei. Und ich werde Dich nie freigeben, hörst Du? Nie! — Auch nicht, wenn Du mich auf den Knien um Deine Freiheit anflehest. Habe ich deshalb den alten bösen Tor, Deinen Vater, jahrelang über Wasser gehalten? Habe ich deshalb mein schönes Geld geopfert, um mir von seiner Tochter sagen zu lassen: „Ich betrachte Sie nicht mehr als meinen Bräutigam?“ — Nein, meine Teure. Unser Paß ist geschlossen. Du gehörst mir, und nur mein Tod kann Dich von mir befreien!“

Wieder weicht die Rötche auf Gerdas Wangen tiefer Blässe. Konnte sie von diesem Manne anderes erwarten?

„Ist das Ihr letztes Wort?“ murmelt sie tonlos. „Mein letztes.“

Stumm neigt sie das Haupt.

Verfchwunden ist der letzte Hoffnungsschrahl. Eine Gefesselt ist sie — bis an ihres Lebens Ende! Barmherzigkeit!

7.

Tage vergehen... Und wieder versammelt man sich an Bord des „Bismarck“, um weiterzudampfen gen Beirut.

Nicht nur Gerda Allwings verändertes Wesen erregt allgemeine Verwunderung unter den Passagieren. Auch mit Olivia Roberts ist eine Wandlung vor sich gegangen.

Seit vor wenigen Tagen Sir Reginald Carlton so plötzlich das Schiff verließ, ohne von irgend jemand Abschied zu nehmen, ohne zu sagen, ob und wann er an Bord zurückgekehrt, ist es der Amerikanerin, als sei die Sonne aus ihrem Herzen entschwunden.

Jetzt erst fühlt sie, daß es mehr war, als Etselfest, mehr, als der Wunsch, mit dem eleganten Kavalier zu kottettieren, ihn zu ihren Füßen zu zwingen.

(Fortsetzung folgt.)

Wir würden es, waffen- und wehrlos, wie wir sind, nicht hindern können. Aber eine andere Frage ist, ob die Verbündeten bei der Fortsetzung des Kriegs im Frieden etwas gewinnen werden. Sie werden große Kosten haben, die Deutschland umso weniger tragen kann, je mehr seine wirtschaftliche Kraft durch solche Zwangsmaßnahmen noch weiter geschwächt wird. Die Besiegten können nicht ins Endlose fortgesetzt werden und die Zeit wird kommen — vielleicht ist sie gar nicht mehr so fern —, wo man nach in Frankreich erkennt, daß man mit untauglichen Mitteln Unmögliches zu erzwingen suchte. Es wird in Frankreich ein schmerzliches Erwachen geben. Den Nutzen allerdings wird England haben, wenn nicht etwa von Amerika aus zurückgegriffen wird. Wir Deutsche aber müssen fest bleiben, das ist jetzt unsere Pflicht und den besten Geschlechtern gegenüber, und es ist das einzige, was wir tun können.

Neues vom Tage.

Hafenarbeiterstreik.

Hamburg, 3. März. Die Hafenarbeiter in Altona haben wegen Ablehnung eines Lohnzuschlags von 10 M. die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht fast vollständig.

Englische Truppen in Oberschlesien.

Oppeln, 3. März. Gestern traf der erste englische Militärzug hier ein. Nach einer Mitteilung der Abstimmungskommission sollen nur 4 englische Bataillone nach Oberschlesien kommen.

Die Antwort Kemal Paschas.

London, 3. März. Reuter meldet: Die nationaltürkische Regierung in Angora nimmt die von der Orientkonferenz vorgeschlagene Einsetzung einer Untersuchungskommission des Verbands für Thrakien an, doch soll die griechische Verwaltung durch eine solche des Verbands ersetzt werden, bis das Ergebnis der Untersuchung feststeht, damit die Unparteilichkeit gewahrt werde. Die Regierung ist zur Unterzeichnung des Vertrags von Sevres bereit, gewisse Bedingungen seien jedoch mit dem Bestand der Türkei als freier Staat unvereinbar und müssen abgeändert werden. Das sei auch die Ansicht der Regierung in Konstantinopel.

Der Aufstand in Petersburg.

Helsingfors, 3. März. Mit Zuziehung von Fronttruppen soll es der Sowjetregierung gelungen sein, den Aufstand der Petersburger Arbeiter und eines Teils der Garnison gegen die Bolschewisten niederzuschlagen.

Landtag.

Stuttgart, 3. März.

(66. Sitzung.) Abg. Dr. Schermann (3.) trat für die Befreiung der wirtschaftlichen Notlage der Universitäten und der Studierendenschaft ein, verlangte eine Art Stipendium der Kollegialer, offizielle Aufstellungen über das weibliche Studium. Die königlich preussische Universität Tübingen sollte mehr zu einer württembergischen Landesuniversität werden. Die außerordentliche Professur für kath. Geschichtsforschung soll in eine ordentliche umgewandelt, ferner ein Lehrstuhl für katholische Moraltheologie und Philosophie geschaffen werden. Abg. Egelhaaf (D.Vp.) unterstützte letzteren Wunsch und bemängelte, ebenso wie der Vorredner, daß der Lehrstuhl für Literatur nicht mit einem Württemberger besetzt wurde. Abg. Hegmann (S.) machte gegen den Ausbau der kath. Theologenfakultät Einwendungen, verlangte die freie Zulassung der Ausländer und eine andere Stellungnahme der Universität zur Revolution.

Abg. Frau Klotz (D.Vp.) bemängelte die Erschwerung des weiblichen Medizinstudiums in Tübingen. Abg. Schuler (H.S.P.) warnte vor dem „nationalistischen Treiben“ an der Universität. Abg. Scheff (D.Vp.) verlangte u. a. hauptamtliche Berufsberatung. Bei der Beratung der Professoren dürfte nicht die Landeszugehörigkeit, sondern die wissenschaftliche Bedeutung entscheiden. Die Konfessionsaffektion sei zu vermeiden. Abg. Dr. Fürst (D.Vp.) verlangte Wiltberung des Valutazuschlags für ausführende Bücher. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Der Kultusminister machte Bedenken gegen die kath. Lehrstuhl-wünsche geltend. Eine Stipendierung der Kollegialer sei nicht zu empfehlen. Bei der großen Zahl der Studierenden sei ein gelittenes Proletariat zu befürchten. Die Beschränkung einer gewissen Studierendenzahl in den einzelnen Fakultäten werde kommen. Eine Einflusnahme auf die politischen Strömungen an der Universität lehne er ab. Eine nationale Aufgabe sei es, die Bedeutung des Friedensvertrags dem Volk klar zu machen.

Ein Antrag Klotz (D.Vp.), daß an der Frauen- und Kinderklinik auch Klinikfrauen angestellt werden und daß an allen württembergischen Kliniken Frauen polonitieren und praktizieren können, wurde einstimmig angenommen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck behauptet sich, aber die westlichen Störungen sind doch bis zu uns gedrungen und werden auch am Samstag und Sonntag zeitweilig bedecktes Wetter mit geringen Niederschlägen verursachen.

Württemberg.

Stuttgart, 3. März. (Todesfall.) Nach kurzer Krankheit ist der frühere langjährige Garnisonsprediger von Ludwigsburg und Stuttgart und Feldpropst des württ. Armeekorps Prälat Otto von Blum im Alter von 79 Jahren gestorben.

Stuttgart, 3. März. (Schloßdiebe.) Aus dem Mönchsheimer Schloß des Freiherrn von Gaisberg-Schödingen haben die Brüder Martin und Johann Dinger für 1000 Mark Wäsche und andere Gegenstände gestohlen, wurden aber erwischt und in den Mönchsheimer Otsarrest verbracht, wo sie wieder ausbrachen und noch verschiedenes mitnehmen ließen. Die Kerle, die gegenwärtig laut „Württ. Btg.“ wegen eines anderen gemeinsam verübten Diebstahls 2 1/2 bzw. 1 1/2 Jahre Gefängnis verbüßen, wurden von der Strafkammer zu weiteren 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Musberg, O.A. Stuttgart, 3. März. (Ersi.) Ein siebenjähriges Kind sollte Wurmstichchen in Milch einnehmen. Ein Stück geriet in die Brusthöhle und das Kind erstickte.

Ludwigsburg, 3. März. (Selbstmord eines Raubmörders.) Der 33jährige Photograph Georg Herz von Steinheim, bayer. Bez.-A. Rev.-M. des

des Nordes an der Frau Ludwig hier im Januar d. J. verdächtig und in Berlin verhaftet worden war, hat sich am 28. Februar in der Arrestzelle in Berlin erhängt. Baur lebte früher längere Zeit in Ludwigsburg und er kannte die Verhältnisse der Ermordeten. Er war ein schwer vorbestrafter Verbrecher, wußte sich aber unter falschem Namen eine Anstellung als Wachtmeister bei der Berliner Schutzpolizei zu verschaffen. Seit Anfangs Januar war er unter seinem falschen Namen in Berlin verheiratet. Das Beweismaterial gegen Baur ist so erdrückend, daß an seiner Täterschaft kein Zweifel sein kann. Er hat übrigens auch während seiner Dienstzeit bei der Schutzpolizei eine Reihe schwerer Verbrechen begangen.

Tübingen, 3. März. (Schenkung.) Eine Anzahl Württemberger in La Plata (Argentinien) hat auf Anregung und durch Vermittlung des dortigen Universitätsprofessors Dr. Richard Hans, bürgerl. Privatdozent in Tübingen, der hiesigen Universität eine Weihnachtsgabe von 20000 Mark zur Beschaffung ausländischer Zeitschriften zukommen lassen.

Giegnen a. Br., 3. März. (Brennholz-hunger.) Bei einer Holzverkäufung im benachbarten bayerischen Hartmannen wurden die sogenannten Birkensollen nicht als Nugholz, sondern fast durchweg alle als Brennholz gekauft. Der Ester Birkenroller, der mit 130—140 M. ausgerufen war, wurde fast durchweg um die dreifache Laxe ersteigert.

Waldsee, 3. März. (Pferdepreise.) Der Pferdemarkt war mit 230 Stück besahren. Der Handel ging ähnlich wie an anderen Markorten, flau. Verkauft wurden ca. 60 Pferde. Nach den Marktstunden wurden noch einige Verkäufe in den Gastställen abgeschlossen. Die Preise bewegten sich zwischen 5000 und 26000 M. Die Preisentwertung wird auch weiterhin fortbestehen.

— **Kriegskameradschaft der 123er.** Nachdem das ehemalige I. und III. Bataillon Grenadier-Regiment 123 schon vor längerer Zeit sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen haben, wurde in einer Besprechung am 23. Februar von Kameraden des ehem. II. Bataillon Grenadier-Regt. 123 in Ulm der Zusammenschluß des II. Bataillons beschlossen. Als Vorstand wurde Kamerad Funk, ehemaliger Verpfleg.-Offizier, bestimmt. Grundgedanke wurde betont, daß die Vereinigung politisch und religiös neutral sein soll und nur das eine Ziel hat, die im Frieden und Krieg so oft erprobte Kameradschaft zu hegen und zu pflegen. Mitglieder der Vereinigung können alle Freizeitsangehörigen des Bataillons, die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen werden. Der Jahresbeitrag wird vorläufig auf 5 M. festgesetzt. Im Mai d. J. ist eine Zusammenkunft in Ulm geplant. An alle ehemalige Angehörige des II. Bataillons ergoht die Bitte, der Vereinigung beizutreten. Anmeldungen wollen an Kamerad Greß, Ulm, Karlstraße 32, gerichtet werden. Die Bildung von Ortsgruppen in Stuttgart, Vöhrach, Alala, Öppingen usw. ist in die Wege geleitet. Diejenigen Kameraden, die Ortsgruppen ins Leben rufen wollen, werden gebeten, dies in der Anmeldung zum Ausdruck zu bringen. Weitere Mitteilungen gehen von Ulm aus den Kameraden zu.

Baden.

Nervenprobe.

Karlsruhe, 3. März. Unter der Überschrift: „Vor der Nervenprobe“ nimmt die der Regierung nahestehe „Karlsruher Zeitung“ Stellung zu dem Gang der Londoner Konferenz und schreibt u. a.: Die Gegenvorschläge, die Reichsminister Dr. Simons überreicht hat, bekunden wahrlich den ernststen und guten Willen Deutschlands, durch Uebernahme einer entschuldigenden, hier erdrückenden Last allen Forderungen nachzukommen, die nur einigermaßen auf der Basis der Vernunft und des Menschenmöglichen liegen. Diesen guten Willen nochmals zu betonen, hat indessen kaum noch Zweck, da die Entente von vornherein auf ihrem Standpunkt beharrt. Unser Volk steht vor einer der schwersten Stunden seiner Geschichte und unsere Nerven werden einer neuen furchtbaren Probe ausgesetzt werden. Daß wir diese Nervenprobe bestehen müssen, wenn wir weiter existieren und dauernd Schmach und Bedrückung von uns fern halten wollen, wird einem jeden Volksgenossen klar sein. An der Einmütigkeit in dieser einen großen nationalen Lebensfrage ist nicht zu rütteln.

Bühl, 3. März. Der Handelsmann Josef Rosenfeld hat sich erhängt. Vor mehreren Monaten war er vom Wuchergericht in Karlsruhe zu einer Geldstrafe verurteilt worden und man glaubt, daß diese Bestrafung der Grund zur Tat war.

Kehl, 3. März. Infolge des niederen Rheinflusses steht der Güterverkehr im Sträßburger Hafen seit Mitte November v. J. fast vollständig. Der Umschlag im Jahr 1920 ist um 50 Prozent höher als im Jahr 1919, bleibt jedoch gegenüber 1913 noch um 30 Prozent zurück.

Singen a. S., 3. März. Es wird uns berichtet: Eine in Namdaga wohnende Frau, die im Zusammenhange mit einem Silber schmuggel von einem schweizerischen Gericht zu 500 Franken Geldstrafe verurteilt worden war, sollte am Sonntag von drei schweizerischen Landjägern, die hart an der Grenze, aber noch auf deutschem Boden sich befanden, bis an die Grenze gelockt und festgenommen worden sein. Eine andere Frau holte aus dem nahen Wald den Vater der Verhafteten. Die schweizerischen Landjäger wurden nun von diesem mit nach Namdaga geschleppt, zwei in einen Weinsteller eingesperrt, der Dritte auf die Poststation geführt. Dort wurde von der Bevölkerung erklärt, daß die Landjäger nicht eher freigelassen werden sollten, bis die Frau aus der Haft entlassen sei. Nachdem dies geschehen war, wurden auch die Landjäger wieder über die Grenze gelassen, nicht ohne daß ihnen vorher von der erregten Bevölkerung übel mitgespielt worden war. Die Nachricht klingt ziemlich märchenhaft.

Reichen, 3. März. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde der bisherige Bürgermeister Schmidt mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Nonstanz, 3. März. Zwei Reichenauer Fischer fingen dieser Tage 20 Buntbarsche.

Beste Nachrichten.

Maßnahmen gegen den Vergnügungsstau.

Die Auswüchse des öffentlichen und teilweise auch des privaten gesellschaftlichen Lebens und die überhandnehmenden Lustbarkeiten, die in so erschreckendem Mißverhältnis zu der Not und dem Ernst der Zeit stehen, haben in ernst gerichteten Kreisen in wachsendem Maße Abstellung dieser Mißstände reger werden lassen. Insbesondere hat dieser Tage der Vorsitzende des Roten Kreuzes in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben auf die den Ernst unserer Lage verkennende Lebensführung besonders der besitzenden Klassen hingewiesen, die im Gegensatz zu dem Leben ihrer Mitbürger in denselben Mauern, die durch Hunger und Kälte zu Grunde gehen, sich und bei den so stark verbrauchten Genuß- und Luxusmitteln verhängnisvolle Folgen für unser Wirtschaftsleben zeitigen muß.

Wie dem Roten Kreuz darauf mitgeteilt wurde, hat sich der Reichspräsident am 16. Februar an den Reichskanzler mit der Bitte gewandt, bei den Regierungen des Reichs und der Länder nachdrücklich dahin zu wirken, daß mehr, als dies bisher geschehen ist, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten diesen Auswüchsen entgegengetreten werde. In diesem Schreiben heißt es: Lärmende Genußsucht und sitzenloses Vergnügungstreiben machen sich vielfach rücksichtslos und andringlich in aller Öffentlichkeit breit in einer Zeit, da allenthalben Not an uns herandrängt und keine Hilfe genügt, um das Elend zu bewältigen. Auch die Veranstaltungen gutgemeinter Wohltätigkeit nehmen manchmal einen Charakter an, der mehr die Genußsucht gewisser Kreise als menschenfreundliche Zwecke erkennen läßt. Die Wohltätigkeit bedarf nicht des glänzenden Festgewands, der lauten Fröhlichkeit in diesen Tagen der ersten Sorge. Wer in brüderlicher Befinnung geben will, und wer fremder Not helfen kann, gebe im Stillen. Die eigene Würde und die Würde Deutschlands verlangen, daß jeder, der sich mit dem Schicksal seines Volks verbunden fühlt, sich heute mehr denn je fernhält von lärmender Genußsucht und daß, soweit nicht die eigene Eintracht sich durchsetzt, die zuständigen Behörden solchen Auswüchsen mit den gesetzlichen Mitteln entgegengetreten.

Der Reichskanzler hat sich daraufhin mit den Landesregierungen wegen der zu ergreifenden Maßnahmen in Verbindung gesetzt.

Die Einheitsfront.

Berlin, 3. März. Das Reichskabinett trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den vorliegenden Berichten von der Londoner Konferenz zu beschäftigen. Fast alle Fraktionen des Reichstags werden den Beratungen abhalten, auf deren Tagesordnung in erster Reihe die Londoner Konferenz steht. Vermutlich wird man wieder versuchen, eine Einheitsfront im Reichstag zu bilden.

Stapellauf des Dampfers „Tirpitz“.

Hamburg, 3. März. Die Leitung der Schiffbau-gesellschaft gab bekannt, falls die Arbeiter sich weiter weigern würden, am Stapellauf des neuen Dampfers „Tirpitz“ zu arbeiten, so werde die gesamte Arbeiterchaft der Werft entlassen. Die Arbeiter erklärten sich hierauf zur Arbeit bereit und der Stapellauf konnte im Beisein von Großadmiral v. Tirpitz und Hugo Stinnes, des Besitzers des Schiffes, ungehindert vor sich gehen. — Der 12000 Tonnen große Handelsdampfer „Tirpitz“ ist ein Schwesterschiff des vor einigen Tagen in Bremen vom Stapel gegangenen gleich großen Dampfers „Hindenburg“. Ein dritter Dampfer „Ludendorff“ ist bereits auf Kiel gelegt.

Verstärkung der deutschen Handelschiffe.

London, 3. März. Wie die „Morningpost“ schreibt, hat der Verkauf der von Deutschland abgelieferten Handelschiffe bis jetzt 20 Millionen Pfund Sterling ergeben. Von dieser Summe sind 5600000 Pfund unter die Marine als Beutegebeiler verteilt worden.

An Germania.

Walter Solch.

Schmücket dich, eh'mals stolzer Germane,
Nimmer denn auch mit der von Vätern geerbten,
Helden nur würdigen Tugend des vaterländischen Sinns?
Trauert dein Herz denn nicht um jene goldherrliche Zeit,
Die deiner Blicke von Stunde zu Stunde
In immer fernere Tiefen entzückt?
Kannst du denn ruhig der Nacht noch,
Dem dämmernden Morgen entgegenstehn?
Und graut dich nicht schrecklich das Ritzern der Ketten.
Die niemals, denn jetzt, Germania gesehelt!
Und ihrer Krone beraubt, hinschmachtet
Gleich jenem Helden Prometheus, der auch
Wie du Licht schöpste am göttlichen Quell
Und den die rachsüchtige Geier zu Tode gequält.
Hätt' nicht ein Gott den Armen besetzt!
So gehet denn, holds Germania vom Ruhme,
Den du gesehen schon, erwarde die Räte des Morgens,
Der dich von neuem zur Heldin erweckt,
Des Licht dir die Wege erleuchte und Kraft verleihe,
Die Delnos ehernen Oclus Tore zer Sprengen!

Aus der Heimat.

Fußball-Wohltätigkeitspiel. Mit dem kommenden Sonntag beginnen nun auch unsere einheimische 1. u. 2. Mannschaft mit den Freundschaftsspielen. Der Unterschied, der schon in der Bezeichnung Freundschaftsspiel gegenüber Verbandswettbewerb sich zeigt, wird auch in der Austragung dieser Spiele zu sehen sein, indem in diesen Wettspielen die Jagd nach Punkten in Wegfall kommt und mehr auf schönes, ruhiges Spiel Wert gelegt wird. Als ersten Gegner wird den Unfern die 2. und 3. Mannschaft vom Fußballklub Pforzheim gegenüberstehen, dessen guter Sportstuf für ein schönes Spiel Gewähr leistet. Das Freundschaftsspiel als Wohltätigkeitspiel bestimmt. Weitere solcher werden noch folgen. Die Reineinnahmen werden diesmal der hiesigen Kleinkinderschule zufließen. Im Interesse der guten Sache wäre es zu wünschen, daß sich recht viele Zuschauer auf dem Plage einfänden würden. K.

Pfannkuch & Cie.

Wir empfehlen:

**Schweine-
schmalz**

Pfund 13.00
Mk.

Speisefett

Pfund 12.00
Mk.

Cocosfett, offen

Pfund 12.50
Mk.

**Pflanzenfett
in Tafeln „Eftol“**

Pfund 13.00
Mk.

Margarine

Pfund 11.50
Mk.

Margarine

Marke „Perplex“,
bester Ersatz
für die teure Butter,

Pfund 13.50
Mk.

prima Salatöl

reinschmeckend

p. Ltr. 21.-

**PFANNKUCH
& Cie., G. m. b. H.**

Telefon 118.

Frisch eingetroffen!

Gebrauneter

Kaffee

beste Sorte, per Pfd. 24 Mk.
empfiehlt

Grossmanns Delikatessengesch.

+ Frauen +

finden bei mir bei Ausbleiben der
monatlichen Regel
Hilfe und Rettung.

Bestellen Sie meine von lang-
jährigen Fachleuten hergestellten
erstklassigen auch in den hart-
näckigsten Fällen

sicher
wirkenden Präparate.

Verzagen Sie nicht, denn durch
meine Mittel werden auch Sie
den er-

Erfolg erzielen u.

schnitten
wied. froh
und glücklich werden. In 1-2
Tagen völlig schmerzlos.
Unschädlich. Ohne Berufsförderung,
schriftl. Garantie beilieg. sonst
Geld zurück. Teilen Sie mir
mit, wie lange Sie zu klagen
haben. Diskreter Versand.

Fr. A. Lemke, Hamburg,
Grindelallee 149.

Erhalten täglich Dankbriefe, welche die
Wirksamkeit meiner Mittel bezeugen. Frau
W. aus W. schreibt: Ich danke Ihnen von
ganzen Herzen, denn durch den Gebrauch
Ihrer gegenwärtigen Mittel bin ich mit-
ter dem Alter voll und ganz befreit.
Behandlungsmittel sind die Frauen, welche
3-4 Präparate mit Erfolg haben.

Herren

Stärke-Wäsche
liefert in 8-10 Tagen
Grosswäscherei

Schorpp.

Annahmestelle:

Witwo Volz

Wildbad

Wilhelmstr. 91.

**Öffentliche Aufforderung
zur Abgabe einer Steuererklärung für die
Veranlagung zur Einkommensteuer
für das Rechnungsjahr 1920.**

Auf Grund der heutigen öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuer-
Erklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorüber-
gehend aufhaltenden selbständig steuerpfl. Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich auf-
zuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder
eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des
Finanzamtsbezirktes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegen-
wärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung
abgeben und soweit sie im Kalenderjahr 1920 oder in dem während dieses Kalenderjahrs
endenden Wirtschaftsjahr ein Einkommen von mehr als 10000 M bezogen haben.

Die Steuererklärung eines Ehemanns muß das Einkommen seiner Ehefrau mitum-
fassen, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

Die Steuererklärung eines Haushaltungsvorstandes muß das Einkommen seiner zu
seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abkömmlinge, Stief-,
Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) mitumfassen, soweit es
sich nicht um Arbeitseinkommen der Kinder handelt.

Die Steuererklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft
oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagern
sind, von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben,
kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginne des Rechnungsjahrs, aber vor
Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testaments-
vollstrecker oder ein Nachlasspfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von
diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zu-
grunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dien-
enden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende An-
lage aufzunehmen.

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden
kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommensteile selbst vor-
zunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren
Ergebnis in die Steuererklärung einzutragen oder nur die Tatsachen anzugeben, die er
zur Ermittlung des Einkommens beizubringen vermag.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder auf
Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse
oder Bilanzen der Steuererklärung beizufügen.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebenst auf-
gefordert, die Steuererklärung unter Benennung des vorgeschriebenen Bordrucks

in der Zeit vom 1.-31. März 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen.

Entgegen der bisherigen Übung wird den Steuerpflichtigen in diesem Jahr
ein Bordruck für die Einkommensteuererklärung von Amts wegen nicht zugesandt.
Vielmehr haben die nach den vorstehenden Bestimmungen zur Abgabe einer
Steuererklärung Verpflichteten den erforderlichen Bordruck auf dem Finanzamt
oder den Ortssteuerämtern abzuholen. (Die Bordrücke werden dort v. 1. März an abgegeben.)

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber
auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig
mittels Einschreibbriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanz-
amt während der Geschäftsstunden zu Protokoll genommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit
Geldstrafen bis 500 M zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm
ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß
die nach dem Einkommensteuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird
wegen **Steuerhinterziehung** mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der
hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Um-
ständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Ver-
strafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes
und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder
als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt,
daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geld-
strafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung
angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Neuenbürg, den 1. März 1921.

Das Finanzamt.

Nachruf!

Am 23. Februar 1921 erlag einem Schlag-
anfall unser Vertreter

Herr Philipp Bosch.

Der so jäh aus dem Leben dahingeraffte
vertrat jahrzehntelang erfolgreich unsere Firma;
er war ein Muster von Fleiß und Pflichterfüllung
und seine hervorragende Tatkraft hatte wesent-
lichen Anteil am Gedeihen unseres Betriebs.

Pfullingen, den 3. März 1921.

MECHANISCHE WEBEREI PFULLINGEN
Gebrüder Burkhardt.

Bekanntmachung.

Der Rohrweg und der Buchhalderweg sind vom
5. März ab bis auf weiteres für den Fuhrwerks- und
Fußgängerverkehr wegen Holzfüllungen gesperrt.
Wildbad, den 3. März 1921.

Städt. Forstamt:
Müller, Forstmeister.

**Wirtsverein Wildbad
Versammlung**

morgen Samstag nachm. 4 Uhr
Panorama-Hotel
(Tarif-Verhandlung)

Margarine,

frisch eingetroffen

Pfund Mk. 10.50,

morgen eintreffend

Marke Perplex,

Pfund Mark 13,

bei

Robert Treiber.

Dienstag und Freitag

können

die Bannenbäder

von 8-5 Uhr

benützt werden.

Vorherige Anmeldung

Villa Jungborn.

Telephon 109.

Pfannkuch & Cie.

Bester grober

Bruchreis

Pfund 2.-
Mk.

Vollreis

gut kochend

Pfund 2.50
Mk.

und 3.-
Mk.

**Ia. Valencia-
Tafelreis**

Pfund 4.-
Mk.

Haferflocken

Pfund 3.-
Mk.

Grieß, weiß

Pfund 2.50
Mk.

und 3.50
Mk.

Suppengerste

Pfund 2.60
Mk.

Grünkern gem.,

Pfd. 2.60
Mk.

empfehlen

**PFANNKUCH
& Cie., G. m. b. H.**

Telefon 118.

**Beleuchtungs-
körper**

Taschenlampen
mit Akkumulator

Elektr. Bügel- u.
Koch-Apparate

Glühplatten
Heizkissen

und sonstige
Schwachstromartikel

Prima Ware.

Glühlampen

Verkaufs-Stelle der
Ofram-Comm.-Gesellsch.
Carl Hartmann
Elektr. Installationen
und mech. Werkstätte.

**Obacht! Obacht!
Geld Darlehen!**

erhalten Leute jeden Standes
gegen bequeme Ratenrückzahl-
ung, sowie Hypotheken auf
1. und 2. Stelle, Bau- und
Betriebskapital schnell und
reell durch

Bank-Agentur
Martin Sandner, Ingolstadt
Feldkirchnerstraße 17.

Jeder Zuschrist sind 75 Pfg.
in Marken beizulegen.
Vertreter gesucht.

Haubennetze

in allen Haarfarben stets zu
haben bei

Braun & Schiegel,
Friseur,
König-Rathstraße.

